

# Landesvereinigung Baden in Europa e. V.



## Kuratoriumsmitglieder:

B. Böhlen MdL, D. Caspary MdEP, A. Fischer MdB, A. Geiger, Prof. A. Göhringer, Reg.-Präs. a.D. Gerlinde Hämmerle (Vors.), OB W. Heiler MdL a.D., Prof. G. Kaufmann, J. Kößler MdL, E. Kopp, H. Leverkus, BM B. Lisbach, B. Meier-Augenstein, OB a.D. J. Offele (Vors.), OB C. Petzold-Schick, A. Salomon MdL, U. Schäfer, Min. a.D., B. Schäfer-Wiegand, C. Schmiedel, MdL a.D. R. Schmitt-Illert, A. Schoch MdL, OB a.D. Prof. Dr. G. Seiler, J. Stober MdLa.D., T. Wald MdL, Dr. P. Weber, Prof. Dr. P.-L. Weinacht, I. Wellenreuther MdB, Prof. Dr.-Ing. R. Werner

Landesvereinigung Baden in Europa e. V. - Andersenstraße 7 - 76199 Karlsruhe

10. April 2021

## Antwort der Landesvereinigung Baden in Europa auf die Stellungnahmen Bündnis 90 / Die Grünen auf die Wahlprüfsteine

### 1) Zentralismus

Grundsätzlich stimmen wir Ihrer Antwort zu diesem Thema weitgehend zu. Der Artikel 3a der Landesverfassung wird von uns ausdrücklich begrüßt und entspricht einer seit langem vorgebrachten Vorstellung der Landesvereinigung Baden in Europa. Seit der Verabschiedung dieser Ergänzung der Landesverfassung konnten wir leider aber nicht feststellen, dass der Landtag in seinen Entscheidungen diesen Artikel auch beachtete. So sind Sie zum Beispiel in Ihren Antworten auf unser Hauptanliegen, den Stuttgarter Raum zu entlasten und Strukturpolitik mit staatlichen Einrichtungen im gesamten Land (nicht nur in Baden) zu betreiben, nicht eingegangen. Wir hatten darauf hingewiesen, dass das Land Bayern in jüngster Zeit ein Dezentralisierungsprogramm durchgeführt hat und damit sehr erfolgreich Strukturpolitik für die Mittelzentren betrieben hat. Gerade in Baden-Württemberg mit seinem überlasteten Raum Stuttgart ist dies sehr wichtig.

Einige Beispiele von Beschlüssen in jüngster Zeit dürfen wir nachfolgend erwähnen. Im Breitbandförderprogramm, in dem der Nachholbedarf im badischen Landesteil teilweise abgebaut wird, wurde der Paragraph 3a beachtet, beim Entwicklungsprogramm 2021 Ländlicher Raum und beim Städtebauförderungsprogramm wiederum nicht (siehe Anlagen). Auf unsere Kritik an der Verteilung der Lehrstühle für Taxometrie der Pflanzenwelt haben Sie die Entscheidung mit „sachlichen Gründen“ beantwortet. Gerade dies ist nach unserer Ansicht jedoch nicht der Fall, denn die antragstellenden Wissenschaftler haben ja darauf hingewiesen, dass es notwendig ist, die Professuren auf die Regionen Stuttgart und Karlsruhe aufzuteilen, da die Flora von Baden und Württemberg recht unterschiedlich sind. Die Tradition von hervorragenden Wissenschaftlern besonders im badischen Raum hat dies in der Vergangenheit auch bewiesen.

### 2) **Steuereinnahmen und Ausgaben und 3) Benachteiligung des badischen Landesteils**

Ihre Antwort entspricht inhaltlich unseren Forderungen, aber leider müssen wir feststellen, dass in Wirklichkeit nicht nur sachliche Gründe für die Verteilung der Mittel zuständig sind. Beispiele haben wir unter 1 Zentralismus schon genannt. „Eine strikte und automatische Verteilung des Geldes nach dem Steueraufkommen“, wie Sie schreiben, haben wir noch nie gefordert, jedoch beziehen wir uns auf Ungleichheiten in der Förderung der Vergangenheit bei Krankenhausbau, Kultur (bei Bauten für Bibliotheken, Museen etc. wurden in Württemberg zwischen 2000-2019 223 Millionen, dagegen in Baden nur 77,5 Millionen) investiert. Bei Universitätsbauten beträgt der Minderbetrag für Baden insgesamt 1,246 Millionen. Inzwischen haben Sie reagiert, aber noch immer warten wir zum Beispiel auf ein größeres Engagement bei der Sanierung und dem Ausbau von Landesmuseum und Kunsthalle in Karlsruhe.

Seit Jahren wird diskutiert und trotz mehrfacher Hinweise, auch der Landesvereinigung Baden in Europa, auf das freiwerdende Finanzamt, wird erst jetzt untersucht ob dieses Gebäude für das Amtsgericht umgebaut werden kann. Jahre sind vergangen und zu Recht wird diese Verschleppung von der Bevölkerung stark kritisiert.

Ihre immer wieder vorgetragene Begründung zur Wilhelma ist nicht haltbar. Auch diese Frage diskutieren wir seit 20 Jahren und die jeweilige Opposition stimmte uns immer wieder zu, so auch ihre Fraktion. Zunächst wurde behauptet, dass der Zoo vom württembergischen König gegründet wurde, aber nachdem von uns nachgewiesen werden konnte, dass die ersten Tiergehege erst nach Gründung des Landes gebaut wurden und die Gartenhistoriker darüber zu Recht nicht glücklich waren und auch heute noch nicht sind, wird durch den Erben, das Land Baden-Württemberg, das Erbe des Königs, nämlich der historische Park, durch den Bau von Tiergehegen zerstört.

Aus sachlichen Gründen ist nicht einzusehen, dass Stuttgart als die reichste Stadt Deutschlands, wie sie einmal Herr Ministerpräsident Oettinger nannte, vom Land einen Zoo erhält, während die Zoos in Heidelberg und Karlsruhe und der Tierpark in Freiburg ohne jegliche staatliche Unterstützung von den Städten, die weit ärmer als Stuttgart sind, unterhalten werden müssen.

In Baden-Baden hat das Land die Rechtsnachfolge des badischen Großherzogs nicht beachtet, als der Markgraf von Baden in den 1990 Jahren aus finanziellen Gründen das Schloss nicht mehr unterhalten konnte. Es lehnte den Kauf des unter höchstem Denkmalschutz stehenden Areals ab. Ohne auf die Rechtsnachfolge zu achten, hat das Land auch die Spielbank verstaatlicht, die durch eine badische Regierung gegründet wurde, um die Finanzlage Baden-Baden mit den Erträgen zu stabilisieren und die kurörtlichen Einrichtungen zu unterhalten. Auf Kosten von Baden-Baden hat das Land Millionenbeträge abgezogen. Wo bleibt hier die Sachlichkeit und die Gerechtigkeit in Entscheidungen für beide Landesteile?

#### **4) Trinationale Metropolregion Oberrhein (TMO) und 5) Mobilität am Oberrhein**

Über Ihre Antwort zu TMO sind wir sehr erfreut. Unsere Anliegen die wir seit Jahren vortragen, sind weitgehend aufgenommen und der Oberrheinrat hat, insbesondere unter seinem derzeitigen Präsidenten Herrn Josef Frey (MdL) sehr gute Arbeit geleistet. Dank dem Aachener Vertrag und seines aktiven Sekretariats in Kehl haben sich neue Chancen aufgetan. Auch die Freiburger Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer, mit der wir gerne zusammenarbeiten, hat sich große Verdienste in der TMO erworben. Allerdings können wir Ihre Eingangsbehauptung in Ihrer Antwort, dass „keine andere Region so erfolgreich und eng in Europa zusammenarbeitet“ nicht ganz nachvollziehen. Wir brauchen nur über den Rhein zu schauen und die Zusammenarbeit in vielen Themen von Rheinland-Pfalz mit dem Elsass zu erleben. Wir arbeiten hier in der Pamina eng zusammen und können immer wieder feststellen, dass die rheinland-pfälzische Landesregierung auch im grenzüberschreitenden Schienen- und Radverkehr stärkere Unterstützung leistet als die baden-württembergische Landesregierung. Dabei übersehen wir nicht, dass sich in jüngster Zeit, auch die baden-württembergische Landesregierung stärker engagiert.

Als Beispiel für das genannte Defizit sehen wir, dass Stuttgart offensichtlich nicht bewusst ist, wie wichtig die Schienenverbindung zwischen Rastatt – Röschwoog - Hagenau und darüber hinaus von Karlsruhe nach Saarbrücken und damit auch von Karlsruhe nach Straßburg ist. Allen Fraktionen des Landtags liegt seit langem ein Weißbuch, das von Bürgerinitiativen aus Frankreich, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg (darunter auch der Landesvereinigung) erarbeitet wurde, vor und die Bitte um Unterstützung dürfen wir gerne wiederholen. Zwischen Straßburg und Karlsruhe bestehen keine Schienenverbindungen, obwohl die Eisenbahnbrücke bei Wintersdorf auch heute noch den Verkehr aufnehmen könnte. Dies gilt auch für einen

Teil der Strecke, die nur reaktiviert werden müsste. Die Grand Region ist an dieser Verbindung sehr interessiert.

## **6) Universitäten und Hochschulen**

Endlich geht auch Baden-Württemberg den Weg in die Autonomie der Universitäten, den zum Beispiel unser Nachbarland Hessen, bereits seit Anfang des Jahrhunderts geht. Die Landesvereinigung fordert die Autonomie bereits seit 20 Jahren. Der Unterzeichner hat als Angehöriger der Universität Darmstadt Erfahrungen sammeln können und in vielen Gesprächen mit Abgeordneten, Ministern und Ministerialbeamten auch für die baden-württembergischen Universitäten Autonomie gefordert. Die Bremser saßen hauptsächlich in den Ministerien.

Zahlreiche Gespräche mit den Fraktionen über die finanzielle Ausstattung der Universitäten haben wir ebenfalls geführt und in Untersuchungen nachgewiesen, dass bezogen auf die Anzahl der Studierenden die badischen Universitäten bis zum Jahre 2015 finanziell benachteiligt waren, in den Jahren 2015 und 2016 etwas bessergestellt wurden, aber seither mit steigender Tendenz wieder schlechter gestellt werden (siehe Anlage).

In Ihren Antworten haben Sie dankenswerterweise konkrete Themen in der Technologie genannt. Ihre Unterstützung des Reallabor KI am KIT wird von uns begrüßt. Von Ihnen, als Regierungsfraktion hätten wir uns konkretere und klarere Aussagen zu KI und Batterieforschung zu den nach unserer Ansicht insgesamt vernünftigen Ansätzen gewünscht.

## **7) Historische Lernorte und Gedenkstätten**

Ihre Antwort findet unsere Zustimmung. Für die Durchsetzung ihres Antrages raten wir Ihnen das Projekt in die Koalitionsvereinbarung aufzunehmen, da die Beantwortung dieser Frage bei den anderen Fraktionen sehr unterschiedlich ist. So unterstützt die SPD den Bau, die FDP will sich „nach Absage des Bundes für eine Lösung einsetzen“, während sich der von Ihnen vorgesehene Koalitionspartner CDU unverbindlich geäußert hat.

gez

Prof. Robert Mürb  
1.Vorsitzender

1.Vorsitzender: Prof. Dipl.-Ing. Robert Mürb  
Andersenstr. 7, 76199 Karlsruhe  
Tel. 0721- 9896958, Fax 0721-882563  
E-Mail: [rmuerb@lv-baden.de](mailto:rmuerb@lv-baden.de)

[www.lv-baden.de](http://www.lv-baden.de)

Stellvertretender Vorsitzender  
Michael Obert,  
Bürgermeister a.D.  
E-Mail: [michael.obert@lv-baden.de](mailto:michael.obert@lv-baden.de)

Stellvertretender Vorsitzender  
Dr. Hubert B. Keller  
E-Mail: [hbk@dr-hbkeller.de](mailto:hbk@dr-hbkeller.de)



## Kuratoriumsmitglieder:

B. Böhlen MdL, D. Caspary MdEP, A. Fischer MdB, A. Geiger, Prof. A. Göhringer, Reg.-Präs. a.D. Gerlinde Hämmerle (Vors.), OB W. Heiler MdL a.D., Prof. G. Kaufmann, J. Kößler MdL, E. Kopp, H. Leverkus, BM B. Lisbach, B. Meier-Augenstein, OB a.D. J. Offele (Vors.), OB C. Petzold-Schick, A. Salomon MdL, U. Schäfer, Min. a.D., B. Schäfer-Wiegand, C. Schmiedel, MdL a.D. R. Schmitt-Illert, A. Schoch MdL, OB a.D. Prof. Dr. G. Seiler, J. Stober MdLa.D., T. Wald MdL, Dr. P. Weber, Prof. Dr. P.-L. Weinacht, I. Wellenreuther MdB, Prof. Dr.-Ing. R. Werner

Landesvereinigung Baden in Europa e. V. - Andersenstraße 7 - 76199 Karlsruhe

10. April 2021

## **Antwort der Landesvereinigung Baden in Europa auf die Stellungnahmen der CDU auf die Wahlprüfsteine.**

### **1) Zentralismus**

Hier haben Sie auf die Strukturstärke des badischen Landesteils hingewiesen, die uns natürlich voll bewusst ist und aus der wir auch ableiten, dass diese Stärken viel zu wenig von der Landespolitik anerkannt werden, in denen staatliche Einrichtungen, wie zum Beispiel Museen in Karlsruhe, Nationaltheater in Mannheim lange vernachlässigt waren. Die zentralistische Politik, die insbesondere die CDU in den vergangenen Jahrzehnten mit der Überlastung des Stuttgarter Raumes zulasten des gesamten Landes betrieben hat und die wir schon lange angeprangert haben und die wir hier ansprechen, nehmen Sie offensichtlich, ob bewusst oder unbewusst, nicht auf. Die von Ihnen genannte Ansiedlung des Max-Planck-Instituts in Konstanz ist erfreulich, aber sie relativiert sich, wenn man die ungleich höheren Förderungen des Silicon Valley in Tübingen und der Batterieforschung Ulm sich ansieht.

Das von Ihnen angeführte neue Polizeipräsidium in Pforzheim ist schließlich nur die richtige Korrektur einer Fehlentscheidung, als die Zuständigkeit für den Raum Freudenstadt in das „Monsterpräsidium“ Karlsruhe verlegt worden war.

Auf unser wichtiges Anliegen, nämlich einer „Dezentralisierungsplanung“ und der damit verbundenen positiven Strukturpolitik nach dem Vorbild Bayerns, gingen Sie leider gar nicht ein. Für den Großraum Stuttgart wäre eine Entlastung dringend notwendig. Ich erinnere mich dabei an eine improvisierte Rede auf der Straße vor dem Landesmedienzentrum Stuttgart, nachdem wir für die Erhaltung eines privaten Rundfunksenders in Karlsruhe demonstrierten und dabei die Entlastung des Stuttgarter Raumes forderten. Von der Bevölkerung aus Stuttgart erhielten wir sehr starken Beifall.

### **2) Steuereinnahmen und Ausgaben und 3) Benachteiligung des badischen Landesteils**

Hier beschreiben Sie die theoretischen Ziele, aber leider nicht die Wirklichkeit. Die Messe Stuttgart und auch der Flughafen zB. wurden mit unvergleichlich höheren Landesmitteln zulasten des gesamten Landes und seiner Infrastruktur gebaut. Wir erinnern daran, dass die Messe Sinsheim sogar vernichtet wurde.

Nach den Staatshaushaltsplänen haben bis 2017 die badischen Universitäten 1,246 Millionen weniger Zuschüsse erhalten, wenn man die Studierendenzahlen, die in Baden um etwa ein Drittel höher sind, zu Grunde legt. Für Bibliotheken, Museen wurden im Zeitraum 2001-2019 in Baden nur 77,5 Millionen, dagegen im württembergischen Landesteil 223 Millionen investiert. Die Landesvereinigung konnte bisher nur stichprobenartige Untersuchungen verschiedener Förderprogramme in den Haushaltsplänen des Landes durchführen. Diese haben aber gezeigt, dass die Zuschüsse in nahezu allen Bereichen generell pro Einwohner im württembergischen Landesteil höher waren. Dabei haben wir bisher darauf verzichtet, auf die extrem hohen Kosten für die Infrastruktur aufgrund der topographisch sehr ungünstig gelegenen

Landeshauptstadt hinzuweisen. Die Kosten allein für den Straßenbau in den letzten Jahrzehnten sind durch Tunnelbauten und deren Unterhaltung extrem hoch. Das Großprojekt Stuttgart 21, das verkehrstechnisch und für die Kundenfreundlichkeit in der Tieferlegung des Hauptbahnhofs problematisch ist, verschlingt Milliarden Steuermittel und ist vor allem ein gigantisches Grundstücksgeschäft für die Stadt Stuttgart, aber eine Belastung für die Bevölkerung.

#### **4) Trinationale Metropolregion Oberrhein (TMO)**

Ihre Antwort entspricht leider auch nicht einem sichtbaren Engagement der CDU-Fraktion im Oberrheinrat. Nach unseren Recherchen engagieren sich zielorientiert von der CDU vor allem der Landrat von Karlsruhe, Herr Christoph Schnaudigel, wie sein Vorgänger, der Rastatter Landrat Jürgen Bäuerle sowie der Bundestagsabgeordnete Andreas Jung aus Konstanz. Von Regierungsseite hat in der vergangenen Legislaturperiode Frau Staatssekretärin Katrin Schütz gute Kontakte mit Frankreich geknüpft, aber die CDU-Fraktion im Oberrheinrat ist leider recht unauffällig. Die Arbeit im Oberrheinrat wird im Wesentlichen vom Vorsitzenden, Herrn Josef Frey und der Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer getragen.

Ein großer Fehler war die Reduzierung des französischen Unterrichts und damit der Lehre der französischen Kultur in der Unterstufe durch die Kultusministerin Frau Susanne Eisenmann. Hier ist dringend eine Korrektur vorzunehmen, die auch sehr von Politikerinnen und Politikern im Elsass begrüßt würde.

#### **5) Mobilität am Oberrhein**

Aus Ihrer Beantwortung dieser Frage geht einmal mehr das Defizit der CDU-Fraktion hervor, dass die Kompetenz der württembergischen Abgeordneten an der ehemaligen Landesgrenze von Baden oft endet und die badischen Abgeordneten nicht genügend in die Arbeit einbezogen werden.

Aus Ihrer Antwort ersehen wir, dass Sie die Anliegen Nord- und Mittelbadens in der Mobilität nicht kennen, denn trotz unserer Hinweise in der Fragestellung gehen Sie nicht auf die für die Region sehr wichtige Verbindung Röschwoog - Rastatt und darüber hinaus Karlsruhe und Saarbrücken sowie Straßburg ein. Das diesbezügliche Weißbuch, das von Bürgerinitiativen aus dem Elsass, Rheinland-Pfalz und Baden (darunter auch die Landesvereinigung Baden) erstellt und an alle Landtagsfraktionen vor Jahren versandt wurde, haben Sie noch nicht einmal erwähnt.

Die hoffentlich guten Beziehungen zwischen der CDU-Landtagsfraktion und der saarländischen Landesregierung, die an dieser Verbindung großes Interesse hat, könnte hilfreich sein. In Wintersdorf steht die alte Eisenbahnbrücke und im Elsass noch weitgehend eine Bahnlinie, die reaktiviert werden könnten.

Die Reaktivierung der Strecke Colmar-Freiburg in Verbindung mit industrieller Entwicklung von Fessenheim ist erfolgreich und vor allem dem guten Verhältnis der Region Freiburg und des Elsass in der TMO zu verdanken.

#### **6) Universitäten**

Ihre Antwort können wir erst diskutieren, wenn Ihre Fraktion die Fakten wirklich kennt. Wir übersenden Ihnen unsere Untersuchungen, die auf den Staatshaushaltsplänen und den Zahlen des statistischen Landesamtes basieren. Die von Ihnen angeführten Anzahlen der Studierenden und der Universitäten sind für uns nicht das Thema, sondern es geht um eine gerechte finanzielle Ausstattung. Auf die Zahlen, die Sie den Anlagen entnehmen können er-

warten wir Antworten der CDU-Fraktion. Schon vor Jahren hatte der damalige Ministerpräsident Günther Oettinger (unser Ehrenmitglied) in einer diesbezüglichen Diskussion nur noch die Antwort gefunden:

„Sie kennen doch das Sprichwort: an der Quelle saß der Knabe“. Sie lieber Herr Reinhart haben in unseren vergangenen Diskussionen öfter geantwortet: „schauen wir nicht zurück, sondern nach vorne“, aber so geht es nicht mehr weiter.

In Ihrer Antwort sind Sie leider nicht auf die wichtigen Fragen im Bereich der Forschung KI und Batterieforschung eingegangen und haben auch zur Technologie keine konkreten Aussagen gemacht. Unsere Wissenschaftler in der Landesvereinigung waren über Ihre Antworten enttäuscht.

Autonomie für die Universitäten zum Beispiel wurde von der CDU-Fraktion in Baden-Württemberg lange Jahre verzögert, auch als die Landesvereinigung darauf verwies, dass Hessen bereits Anfang dieses Jahrhunderts mit großem Erfolg die volle Autonomie der Universitäten eingeführt hatte.

### **7) Historische Lernorte und Gedenkstätten**

Die Antworten der Parteien auf unsere Wahlprüfsteine wurden von Mitgliedern, aber auch von Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Baden als enttäuschend bezeichnet. Dies gilt insbesondere für Ihre wenig konkrete Antwort zum Lernort Kislau. Hier geht es uns nicht um Proporz sondern um einen realen Gedenkort eines ersten KZ's, in dem aufrechte badische Demokraten schwer misshandelt und sogar zu Tode gebracht wurden. Wollen Sie unseren Kindern und Enkeln größere Reisen zumuten, um mit den Verbrechen der Nazizeit konfrontiert zu werden? Besonders die Zeitzeugen unter uns, auch ich, sind über Ihre Antwort, sehr verärgert, insbesondere wenn man weiß, wie viel im württembergischen Landesteil finanziell für diese Thema geleistet wurde, sehr verärgert.

gez

Prof. Robert Mürb  
1.Vorsitzender

1.Vorsitzender: Prof. Dipl.-Ing. Robert Mürb  
Andersenstr. 7, 76199 Karlsruhe  
Tel. 0721- 9896958, Fax 0721-882563  
E-Mail: [rmuerb@lv-baden.de](mailto:rmuerb@lv-baden.de)

[www.lv-baden.de](http://www.lv-baden.de)

Stellvertretender Vorsitzender  
Michael Obert,  
Bürgermeister a.D.  
E-Mail: [michael.obert@lv-baden.de](mailto:michael.obert@lv-baden.de)

Stellvertretender Vorsitzender  
Dr. Hubert B. Keller  
E-Mail: [hbk@dr-hbkeller.de](mailto:hbk@dr-hbkeller.de)

# Landesvereinigung Baden in Europa e. V.



## Kuratoriumsmitglieder:

B. Böhlen MdL, D. Caspary MdEP, A. Fischer MdB, A. Geiger, Prof. A. Göhringer, Reg.-Präs. a.D. Gerlinde Hämmerle (Vors.), OB W. Heiler MdL a.D., Prof. G. Kaufmann, J. Kößler MdL, E. Kopp, H. Leverkus, BM B. Lisbach, B. Meier-Augenstein, OB a.D. J. Offele (Vors.), OB C. Petzold-Schick, A. Salomon MdL, U. Schäfer, Min. a.D., B. Schäfer-Wiegand, C. Schmiedel, MdL a.D. R. Schmitt-Illert, A. Schoch MdL, OB a.D. Prof. Dr. G. Seiler, J. Stober MdLa.D., T. Wald MdL, Dr. P. Weber, Prof. Dr. P.-L. Weinacht, I. Wellenreuther MdB, Prof. Dr.-Ing. R. Werner

Landesvereinigung Baden in Europa e. V. - Andersenstraße 7 - 76199 Karlsruhe

22. April 2021

## **Antwort der Landesvereinigung Baden in Europa auf die Stellungnahmen der SPD auf die Wahlprüfsteine**

### **1) Zentralismus**

Die Gleichbehandlung der badischen Universitäten war in den Jahren Ihrer Beteiligung in der Landesregierung im Gegensatz zu der Zeit davor und danach ausgeglichen.

Die Trinationale Metropolregion Oberrhein wurde vor allem durch Ihren Minister Hans-Peter Friedrich sehr gefördert. Sie weisen zu Recht auf Ihre Verdienste für das integrierte Rheinprogramm, den Nationalpark und das Biosphärenreservat hin. Vor allem freuen wir uns über Ihre Hinweise auf die „Strahlkraft der staatlichen Einrichtungen in Baden nach Frankreich, Schweiz und Rheinland-Pfalz“.

Wir möchten auch auf Hessen hinweisen.

Wir hoffen, dass Sie auch daran denken, wenn es in den nächsten Jahren um die längst fällige Sanierung und den Ausbau unserer Museen und Theater geht.

Vermisst haben wir eine Aussage über die von uns vorgeschlagene Dezentralisierung staatlicher Einrichtungen nach dem Vorbild Bayerns. Wir stellen uns dabei eine Stärkung der Mittelzentren nicht nur in Baden, sondern in ganz Baden-Württemberg vor.

### **2) Steuereinnahmen und Ausgaben und 3) Benachteiligung des badischen Landesteils**

Wir stimmen mit Ihrer Antwort auf die Frage 2 überein, wie Sie erfreulicherweise uns zustimmen. Wir sind uns einig, dass eine „Pro-Kopf-Berechnung“ natürlich in einer mehrjährigen Betrachtung erfolgen muss wie wir dies in unseren Untersuchungen auch betrieben haben (siehe Faltblatt). Wir haben aber den Eindruck, dass diese Untersuchungen und deren Beachtung von den Fraktionen versäumt wurden. Die Ergänzung des Artikels 3a der Landesverfassung im Jahre 2015 war ein wichtiger Schritt, aber nach unserer Beobachtung wurde er bei Entscheidungen im Landtag in den Jahren nach 2015 nicht immer beachtet (Förderung der Forschung 2021). Unseres Erachtens wäre es Aufgabe des Rechnungshofes, die Landespolitik auf Schief lagen aufmerksam zu machen, denn es kann von einer Bürgerinitiative wie uns nicht erwartet werden, die Beachtung des Artikels 3a zu überwachen.

### **4) Trinationale Metropolregion Oberrhein (TMO) und 5) Mobilität am Oberrhein**

Erfreulich, dass Sie in Ihrer Antwort auf die Elztal- und Kaiserstuhlbahn hinweisen und sich für die Reaktivierung einsetzen wollen. Leider sind Sie nicht auf das wichtige Schienenprojekt des Paminaumes, die Verbindung Karlsruhe – Rastatt – Röschwoog – Hagenau und weiter nach Saarbrücken eingegangen. Das Weißbuch der Bürgerinitiativen von Elsass, Rheinland-Pfalz und Baden (auch die Landesvereinigung war beteiligt) liegt Ihrer Landtagsfraktion seit Jahren vor und hat bisher offensichtlich nicht Ihr Interesse gefunden. Auf dem gesamten Abschnitt zwischen Karlsruhe und Straßburg besteht bis heute keine Schienenverbindung, obwohl bei Wintersdorf die alte Eisenbahnbrücke, die in den 1930 Jahren erbaut wurde, zur Verfügung steht und heute als Straßenbrücke benutzt wird. Auch große Teile der zuführenden Eisenbahntrassen im Elsass und Baden wären wieder herstellbar. Das gleiche gilt für die Trinationale S-Bahn Basel, bei der riesige Investitionen anstehen. Wir stellen immer wieder fest, dass die Kompetenz württembergischer Landespolitiker nicht über die

alten württembergischen Landesgrenzen hinausgeht. Wir erleben immer wieder, so auch in Antworten, wenn es um den rheinüberquerenden Verkehr wie in diesem Falle geht auf wichtige Projekte in Württemberg hingewiesen wird, aber umgekehrt wenn die Elektrifizierung der Bahnlinie Ulm – Friedrichshafen, der Ausbau der Gäubahn und des Mammutprojektes Stuttgart 21 anstehen, fehlt die Unterstützung von Schienenprojekten im badischen Landesteil. Es macht sich dabei bemerkbar, dass bei der Besetzung der verantwortlichen Ämter in Fraktion und Regierung, überwiegend Kandidaten, die im württembergischen Landesteil leben, berücksichtigt werden. Ein Mitglied der Landesvereinigung hat in einer Untersuchung über die personelle Vertretung der beiden Landesteile, das Ihnen vorliegt, dieses Thema bestens analysiert (siehe Anlage).

## **6) Universitäten**

Der Hochschulfinanzierungsvertrag ist unseres Erachtens ein Mangelvertrag. Die badischen Hochschulen waren in den Jahren der grün/roten Koalition besser als die württembergischen gestellt. Die Jahre zuvor und nachher war es umgekehrt, so dass insgesamt etwa 1,2 Milliarden Euro mehr in württembergische Universitäten geflossen sind (siehe Anlage).

In Ihren Antworten ist die Bedeutung der Forschung im Bereich von KI leider nicht konkret benannt. Auch zur Batterieforschung und ebenso zur Finanzierung der regionalen Cluster fehlen leider Aussagen. Wir hätten uns konkrete Aussagen zur Zukunftsstrategie und zur Finanzierung gewünscht.

## **7) Historische Lernorte und Gedenkstätten**

Für die zustimmende Antwort zu Kislau danken wir Ihnen und begrüßen Ihr Konzept, den Schulen, die Gedenkstätten und Lernorte zu den Verbrechen der Nazizeit „näher zu bringen“. Wir hoffen sehr, dass Sie trotz der schwierigen Finanzlage, die Aufstockung der Mittel, die durch die unverständliche Absage der Finanzierung des Bundes entstanden sind, im Landtag beschließen werden. Wir hoffen, dass wir bald unsere jährlichen Gespräche mit den Fraktionen des Landtags wieder aufnehmen können.

gez  
Prof. Robert Mürb  
1.Vorsitzender

1.Vorsitzender: Prof. Dipl.-Ing. Robert Mürb  
Andersenstr. 7, 76199 Karlsruhe  
Tel. 0721- 9896958, Fax 0721-882563  
E-Mail: [rmuerb@lv-baden.de](mailto:rmuerb@lv-baden.de)  
[www.lv-baden.de](http://www.lv-baden.de)

Stellvertretender Vorsitzender  
Michael Obert,  
Bürgermeister a.D.  
E-Mail: [michael.obert@lv-baden.de](mailto:michael.obert@lv-baden.de)

Stellvertretender Vorsitzender  
Dr. Hubert B. Keller  
E-Mail: [hbk@dr-hbkeller.de](mailto:hbk@dr-hbkeller.de)





## Kuratoriumsmitglieder:

B. Böhlen MdL, D. Caspary MdEP, A. Fischer MdB, A. Geiger, Prof. A. Göhringer, Reg.-Präs. a.D. Gerlinde Hämmerle (Vors.), OB W. Heiler MdL a.D., Prof. G. Kaufmann, J. Kößler MdL, E. Kopp, H. Leverkus, BM B. Lisbach, B. Meier-Augenstein, OB a.D. J. Offele (Vors.), OB C. Petzold-Schick, A. Salomon MdL, U. Schäfer, Min. a.D., B. Schäfer-Wiegand, C. Schmiedel, MdL a.D. R. Schmitt-Illert, A. Schoch MdL, OB a.D. Prof. Dr. G. Seiler, J. Stober MdLa.D., T. Wald MdL, Dr. P. Weber, Prof. Dr. P.-L. Weinacht, I. Wellenreuther MdB, Prof. Dr.-Ing. R. Werner

Landesvereinigung Baden in Europa e. V. - Andersenstraße 7 - 76199 Karlsruhe

22. April 2021

## Antwort der Landesvereinigung Baden in Europa auf die Stellungnahmen der FDP auf die Wahlprüfsteine

### 1) Zentralismus

Wir freuen uns über Ihre Zustimmung zu unserem Vorschlag der Dezentralisierung von Landeseinrichtungen zur Entlastung des Großraumes Stuttgart.

### 2) Steuereinnahmen und Ausgaben

Die Verteilung der Steuereinnahmen erfolgte bisher – so zeigen unsere stichprobeartigen Untersuchungen – vor allem zu Gunsten des württembergischen Landesteils (siehe beiliegendes Faltblatt). Die Ergänzung der Verfassung im Artikel 3a war deshalb überfällig und erfolgte bereits 2015. Leider hat bei Entscheidungen nach 2015 sich nur wenig geändert.

Unseres Erachtens wäre es Aufgabe des Rechnungshofes, die Landespolitik auf Schief lagen aufmerksam zu machen, denn es kann von einer Bürgerinitiative wie uns nicht erwartet werden, die Beachtung des Artikels 3a zu überwachen.

### 3) Benachteiligung des badischen Landesteils

Ihre Ausführung zu dieser Frage sind erfreulich, aber wir müssen daran erinnern, dass gerade im kulturellen Bereich eine Schief lage zum Beispiel in der Musik, insbesondere bei Orchestern durch die Fehlentscheidung der Verlegung des Sitzes für das Rundfunkorchesters nach Stuttgart entstanden ist. Im badischen Landesteil entstand durch den Verlust des Orchesters für Baden-Baden und Freiburg eine Schwächung, insbesondere auch für den Musikunterricht von Jugendlichen und Kindern. Die Konzentration von mehreren großen Orchestern in Stuttgart stellt einen krassen Widerspruch zu Ihren genannten Zielen und dem Artikel 3a dar. Sehr gefreut hat uns Ihr Hinweis auf die Unterstützung des Octophonia – Festes im elsässischen Ottmarsheim durch das Land Baden-Württemberg.

### 4) Trinationale Metropolregion Oberrhein (TMO)

Wir freuen uns über Ihre Einschätzung der Trinationalen Zusammenarbeit, aber auch hier gibt es noch viel Luft nach oben für Ihre Unterstützung. In der jüngsten Zeit hat sich auch das Land engagiert, von dem für die Region lange Zeit wenig Unterstützung kam. Auch bei unseren Nachbarn in Frankreich wurde dies wahrgenommen, die immer wieder betonten

„mit Baden zusammenarbeiten zu wollen“, denn mit Lothringen hätten sie die gleichen Schwierigkeiten wie wir mit Württemberg.

### 5) Mobilität am Oberrhein

In Ihrer Antwort vermissen wir eine Stellungnahme zu der für den Mittel- und Nordbadischen Raum besonders wichtigen Schienenverbindung von Rastatt – Röschwoog – Hagenau und weiter nach Saarbrücken und Karlsruhe. In Wintersdorf ist die alte Eisenbahnbrücke noch intakt, allerdings für den Straßenverkehr in Benutzung und die Schienentrasse zur Brücke im Elsass und auch in Baden ist weitgehend vorhanden und kann reaktiviert werden. Hierzu liegt Ihnen seit Jahren ein Weißbuch vor, das von Bürgerinitiativen aus dem Elsass, Rheinland-Pfalz und Baden (darunter auch die Landesvereinigung) erstellt und finanziert wurde. Allen Mitgliedern des Landtages und der Landesregierung

wurde es seinerzeit übersandt. In Frankreich ist die Grand Region daran sehr interessiert, das Land Rheinland-Pfalz unterstützt unsere Bemühungen weiter stärker als das Land Baden-Württemberg. Es ist bezeichnend, dass in den Antworten zu dieser Frage in den Stellungnahmen der Fraktionen der Hinweis „auf das ganze Land“ kam. Von einer Fraktion wurde sogar merkwürdigerweise die große Bedeutung der Gäubahn betont, aber umgekehrt bei der Elektrifizierung der Strecke Ulm – Friedrichshafen, dem Ausbau der Gäubahn und vor allem Stuttgart 21 wurde weder im Landtag noch von der Regierung auf die Bedeutung badischer Projekte hingewiesen.

Milliarden werden in Stuttgart für einen bahntechnischen und kundenunfreundlichen Bahnhof ausgegeben, um für Stuttgart ein gigantisches Grundstücksgeschäft zu ermöglichen. Die wichtige Verbindung Paris – München und Budapest hätte sehr viel preisgünstiger mit einer Umfahrung des Stuttgarter Hauptbahnhofs erreicht werden können. Die „Langsamfahrstrecke“ in der sogenannten Appenweier Kurve, Teil der gleichen Hochgeschwindigkeitsstrecke, findet bisher in der Landespolitik keine Unterstützung.

## **6) Universitäten**

Vielen Dank für die ausführlichen und weitgehend erfreulichen Stellungnahme, der wir weitgehend zustimmen. In der Finanzierung der Universitäten besteht eine Schieflage zwischen den badischen und württembergischen Universitäten, wie Sie unseren Untersuchungen entnehmen können (siehe Anlage). In Ihrer Antwort haben Sie auf den Sanierungsstau und Ihrer Unterstützung zum Abbau hingewiesen, ebenso auf die Lösung der Umsatzsteuerfrage. Ihre Ziele in der Hochschulpolitik und insbesondere der Forschungspolitik können wir nur sehr begrüßen. Vor allem die von Ihnen unterstützte Kooperation in der staatlichen und privatwirtschaftlichen Forschungszusammenarbeit wird von uns begrüßt, ebenso wie die Gründungsinitiativen von Unternehmen. Allerdings entsteht durch das Forschungsprogramm 2021 wiederum eine Schieflage, wie sie beiliegender Aufstellung des Landes entnehmen können (siehe Anlage, Newsletter Baden-Württemberg). In unseren Wahlprüfsteinen haben wir uns auf die Universitäten beschränkt, da wir über die Jahre hinweg eine Ausgeglichenheit der Förderungen der weiteren Hochschulen in den beiden Landesteilen feststellen konnten. Die Fachhochschulen sollten auch nach unsere Ansicht genauso wie die Startups weiter gestärkt werden. In Ihren Antworten haben wir Aussagen zu unseren Fragen KI und Batterieforschung vermisst.

## **7) Historische Lernorte und Gedenkstätten**

Ihre Ausführungen zum Lernort Kislau lässt uns hoffen, dass Sie dieses wichtige Projekt auch dann unterstützen, wenn die Aufstockung der Finanzmittel für den Bau, nach der Absage des Bundes vom Land Baden-Württemberg erhöht werden müssen.

gez

Prof. Robert Mürb  
1.Vorsitzender

1.Vorsitzender: Prof. Dipl.-Ing. Robert Mürb  
Andersenstr. 7, 76199 Karlsruhe  
Tel. 0721- 9896958, Fax 0721-882563  
E-Mail: [rmuerb@lv-baden.de](mailto:rmuerb@lv-baden.de)

[www.lv-baden.de](http://www.lv-baden.de)

Stellvertretender Vorsitzender  
Michael Obert,  
Bürgermeister a.D.  
E-Mail: [michael.obert@lv-baden.de](mailto:michael.obert@lv-baden.de)

Stellvertretender Vorsitzender  
Dr. Hubert B. Keller  
E-Mail: [hbk@dr-hbkeller.de](mailto:hbk@dr-hbkeller.de)